Aus:
Sielke Salomon: Eimsbüttler Facetten. Einblicke in 100 Jahre Stadtteilgeschichte.
Galerie Morgenland, Hamburg, 1999 (3. Aufl.), Seite 58

Spätestens in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts sollte sich dann beweisen, daß die EimsbüttelerInnen bereit und fähig waren, um ihn zu kämpfen. Zu diesem Zeitpunkt drohte real, was etliche leichtsinnig vorgeschlagen hatten: Der Kanal sollte zugeschüttet werden – allerdings nicht, um die Parkanlagen zu vergrößern, sondern um der schon im Aufbauplan vorgesehenen Stadtautobahn zu weichen. Als 1971 mit der konkreten Planung begonnen wurde, bildete sich eine Bürgerinitiative. Unter der Parole *„Hände weg vom Isebek"* führte sie Aufklärungsaktionen, Pressekampagnen und Diskussionsveranstaltungen mit Behördenvertretern durch. Dem Bezirksamt wurde eine Unterschriftenliste mit den Namen von 15 000 GegnerInnen des Projekts vorgelegt. Sie forderten eine Umorientierung der Verkehrspolitik: statt einer autogerechten eine menschengerechte Stadt. Diesem Ziel sollte ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs dienen. Ein 1972 aufgetischter „Kompromißvorschlag" des Senats, die Autobahn in einer Länge von 2 km unter dem Isebek hindurchzuführen, wurde von der Initiative als Augenwischerei abgelehnt. Am 8. Juni 1974 konnte am Ufer des Kanals das „Er-Volksfest" gefeiert werden. Im Mai hatte der Senat beschlossen, die Planung für die Stadtautobahn – vorläufig – einzustellen.